

Die UreinwohnerInnen der Provinz leiden wie in den anderen Provinzen Kanadas unter „hohen Drop-out-Raten in der Schule, hohem Drogenmissbrauch, hoher Arbeitslosigkeit, und sie leben in Regionen, wo es keine leichten Lösungen für diese Probleme gibt“.



Scotia, den ich in seinem Büro in Downtown Halifax treffe, sieht darin einen fast ironischen Widerspruch: „Die kanadische Öffentlichkeit ist im Schnitt ein bisschen links von der Mitte eingestellt.“ Die KanadierInnen würden eine starke Regierung wollen, sowie Unabhängigkeit gegenüber den USA, größere Gleichheit und eine ausreichende Bereitstellung von öffentlichen Leistungen. Dem habe aber das relative Mehrheitswahlrecht einen Strich durch die Rechnung gemacht. 60 Prozent der KanadierInnen haben gegen die jetzige Regierung gestimmt, dennoch hält diese mit 39,6 Prozent der Stimmen eine absolute Mehrheit.

Das soll sich laut Williams bald ändern: „Jetzt nimmt die NDP als nationale Alternative Gestalt an!“ Williams streckt mir seine beiden Hände entgegen, eine steht für die Konservative Partei und die andere für die Liberalen. Er legt sie teilweise übereinander. Drei Finger jeder Hand überlappen sich, womit er die große Übereinstimmung der beiden traditionellen Parteien in vielen Belangen darstellen möchte. Da käme jetzt die NDP ins Spiel.

Konservative in Bedrängnis

Die Konservativen scheinen tatsächlich in Bedrängnis zu geraten, sind doch bereits acht der zehn kanadischen Provinzen in oppositioneller Hand. In einem Land mit derart stark ausgebautem Föderalismus wie in Kanada ist das ein sehr ernstzunehmender Faktor.

Einen großen Konfliktpunkt mit Ottawa stellt der Bereich der Pensionen dar.

Die von der Harper-Regierung geplante Anhebung des Regelpensionsalters von 65 auf 67 Jahre hätte problematische Auswirkungen auf Nova Scotia. Das Argument der Bundesregierung, dass Personen die Möglichkeit bekommen sollten, länger in ihrem Job zu verbleiben, wenn sie ihn gerne ausüben und fit genug dafür sind, läuft im Falle Nova Scotias völlig ins Leere, legt Williams dar. „Ein hoher Prozentsatz unserer ArbeitnehmerInnen sind Working Poor. ... Sie sind weniger gesund, ihre Jobs sind weniger erfüllend, die Bezahlung ist schlecht.“ Sie wollen so bald wie möglich in den Ruhestand. „Das heißt, sie werden ein bis zwei Jahre ohne Einkommen sein und beantragen Sozialhilfe.“

Sozialprogramme in Planung

Unabhängig davon, wie der Konflikt um die Pensionen ausgeht, plant die Provinzregierung in Halifax bereits die nächsten Sozialprogramme: Uni-Stipendien sollen erhöht, Leistungen für Behinderte ausgeweitet und die finanziellen Unterstützungen für die Ärmsten angehoben werden. Und das, obwohl gut 40 Prozent des Budgets der Provinz aus Bundeszuschüssen kommen.

Zu den Ärmsten gehören auch die „First Nations“, die UreinwohnerInnen der Provinz. Wie in den anderen Provinzen Kanadas leiden sie unter „hohen Drop-out-Raten in der Schule, hohem Drogenmissbrauch, hoher Arbeitslosigkeit, und sie leben in Regionen, wo es keine leichten Lösungen für diese Probleme gibt“. Rick Williams war allerdings fast 40 Jahre lang in der regionalen

Entwicklung tätig und kommt nach seiner jahrzehntelangen Arbeit zu einem leicht optimistischen Schluss: „Trotzdem ist die Situation heute besser als sie je war. Wir sind heute in einer Situation schwindenden Arbeitskräfteangebotes. Die Geburtenrate der First Nations ist aber drei- bis viermal höher als die der anderen Kanadier. Das heißt, es gibt mehr und mehr junge Aborigines, die in den Arbeitsmarkt eintreten. Wir haben viele Unternehmen, die jetzt zu uns kommen und sagen, wir benötigen Arbeitskräfte, wir würden auch First Nations nehmen, sofern ihr uns bei deren Ausbildung helft. Und die Regierung von Nova Scotia tut genau das!“

Was würde eigentlich passieren, wenn die kanadischen Sozialdemokraten nicht nur in den Provinzen Erfolge feiern könnten, sondern tatsächlich die nächsten nationalen Wahlen zum Bundesparlament gewinnen würden? Wären europäische „Erfolgs“modelle à la Tony Blair und Gerhard Schröder für Kanada nachahmenswert? Wohl kaum, winkt Rick Williams ab. „Ich glaube, wir wissen über die Limitationen dieser Politik heute alle Bescheid!“ Das wäre zu hoffen.

Internet:

Mehr Infos:

de.wikipedia.org/wiki/Kanada

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
martin.bolkovac@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at